

Abschrift von Abschrift.

GZ.Vg 1d Vr 6978/46 Hw 9/48

Im Namen der Republik Österreich !

Das Landesgericht für Strafsachen Wien als Volksgericht hat über die von der Staatsanwaltschaft Wien gegen Dr. Benno BREITENBERG - ZENNENBERG, geb. am 29.8.1896 in Bozen, zust. nach Salzburg, r.k., verh. Polizeibeamter a.D. wohnh. gewesen Salzburg, Kurfürstenstrasse 1, Sorgepflichtig für die Frau, unbescholtene, wegen §§ 10, 11 VG erhobene Anklage nach der am 28. Februar 1948 unter dem Vorsitze des OLG Dr. Hollmann, in Anwesenheit des OLG Dr. Berlin als Richter, der Schöffen Anna Goldschmidt, Marg. Helbing, Carl Jantsch und der Aktuar Khu als Schriftführerin und in Gegenwart des Staatsanwaltes Dr. Illichmann, des Angeklagten Dr. Benno v. Breitenberg - Zennenberg und des Verteidigers Dr. Kurt Nestor als WV. durchgeführten Hauptverhandlung am 28. Februar 1948 zu Recht erkannt:

Der Angeklagte Dr. Benno Breitenberg ist schuldig, in Eisenstadt und Wien in der Zeit zwischen dem 1.VII.1933 und dem 13.III.1938 nach Vollendung des 18. Lebensjahres der NSDAP und einem ihrer Wehrverbände, nämlich der SS mit dem Range eines Obersturmbannführers angehört, und in Verbindung mit seiner Betätigung für die NSDAP und die SS Handlungen als besonders verwerflicher Gesinnung und besondere schimpfliche Handlungen begangen zu haben.

Er hat hiedurch das Verbrechen des Hochverrates nach § 58 STG in der Fassung der §§ 10, 11 VG 1947 begangen und wird hiefür nach § 11 VG unter Anwendung des § 265a STPO zur Strafe des schweren Kerkers in der Dauer von

zwei (2) Jahren, verschärft durch ein hartes Lager vierteljährlich, zum Vermögensverfall und gem. § 389 STPO, zum Ersatz der Kosten des Strafverfahrens und Strafvollzuges verurteilt.

Gem. § 55a STG wird in die Strafhaft die Verwahrungs- und Untersuchungs- haft vom 12.VI.1946, 12 Uhr, bis 28.II.1948, 12 Uhr eingerechnet.

G r ü n d e :

Auf Grund des Geständnisses des Angekl. im Zusammenhalt mit den Erhebungen wurde festgestellt, dass der Angekl. seit Dezember 1933 in der NSDAP und seit 1934 der SS ununterbrochen angehört und in den Rang eines Obersturmbannführers gekleidet. Hiedurch ist der Tatbestand nach § 11 VG gegeben.

Dem Angekl. wurde weiters zur Last gelegt, dass er Handlungen als besonders verwerflicher Gesinnung im Sinne des § 11 VG begangen habe, weil er als Polizeiorgan Massnahmen sabotierte, im illegalen Nachrichtendienst tätig gewesen sei und insbes. als Beamter des Passantes Akten dieses Amtes in ein Kaffeehaus gebracht habe, wo Abschriften hergestellt worden seien, die dann durch den illegalen Nachrichtendienst zur Auswertung nach München geschickt worden sein sollen.

Der Angekl. wurde im Jahre 1928 Polizeirat und Leiter des Koates in Eisenstadt, 1933 wurde er zum Passmat in Wien versetzt im Juli 1934 wegen Verdachtes der Zugehörigkeit zu einer ns. Nachrichtenorganisation verhaftet, mit 3 Monaten Polizeiarrest bestraft und in der Folge aus dem Dienst entlassen. Später wurde die Entlassung in Pensionierung umgewandelt. Nach der Annexion wurde er reaktiviert, erhielt eine Wiedergutmachung und wurde Polizeidirektor in Salzburg.

DECLASSIFIED AND RELEASED BY
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
SOURCES METHODS EXEMPTION 3828
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE
DATE 2002 2006

100-147-103
BEST AVAILABLE COPY

Der Angekl. hat in seinem Buche "Männer müssen kämpfen" seinen Werdegang und seine illegale Befähigung eingehend geschildert. In einem Abschnitt, der der Zeit nach den Kämpfen vom Jahre 1934 gewidmet ist, ist der Passus enthalten (Seite 248): "Wir waren daher nicht müsigg und arbeiteten illegal weiter. Jede nazifeindliche Massnahme der Polizei wurde sabotiert. Ein Passus, der sich mit dem gegen ihn erhobenen Verdacht im Juli 1934 beschäftigt, besagt: "Ich durchsuchte hastig meinen Schreibtisch und vernichtete bestimmte Aufzeichnungen, die einen Schluss auf meine illegale Tätigkeit zugelassen hätten. Vor allem lag mir daran, den Chiffrenschlüssel für das Polizeifunknetz, der seit einiger Zeit auf krummen Wegen in meine Hand gelangt war, dem Auge eines vielleicht später machforschenden Kriminalbeamten zu entziehen."

Daraus hat das Gericht festgestellt, dass der Angekl. in Missbrauch seiner Dienstesigenschaft Polizeimassnahmen sabotierte und im illegalen Nachrichtendienst tätig war.

Was den Vorwurf betrifft, dass der Akten des Passamtes zum Abschreiben in ein Kaffeehaus gebracht habe, so konnte dies nicht als erwiesen angenommen werden. Diesbezüglich liegen nur die Angaben des Zeugen Dr. Tomek vor, der diese Mitteilungen von 3. Seite, u. zwar von einer Konfidenten bekommen habe und keine einwandfreien Feststellungen vornehmen konnte.

Bei der Strafbemessung wurde als erschwerend die zweifache Qualifikation und der grobe Vertrauensmissbrauch, als mildernd das Geständnis, die Unbescholtenheit, der gute Leumund, die Sorgepflicht, seine Kriegsverletzung, seine Hilfsbereitschaft und der Umstand angenommen, dass der Angekl. während der ns. Herrschaft niemanden schädigte.

Es wurde daher § 265a StPO angewendet.
Wien, am 28. Februar 1948.

Der Vorsitzende:

Dr. Hollmann e.h.

(Siegel)

Die Schriftführerin:

Khu e.h.

Verglichen mit der Urschrift gleichlautend.

Volksgericht Wien,
VIII., Landesgerichtsstr. 11,
Abt. Vg 1d, am 15.3.1948.

F.d.R.d. Abschrift:

(Je n.v.)
Krim. Rechtsär.

Salzburg, den 30.4.1948

BEST AVAILABLE COPY